



Keine Spur von Müdigkeit

In der Ärzteschaft nehmen Kampfbereitschaft und Solidarität weiter zu.

Die Proteste und Demonstrationen am 19. Mai stellen einen weiteren Meilenstein für die ärztliche Protestbewegung dar. Über 40.000 Menschen demonstrierten in Berlin, Köln und Stuttgart gegen die verfehlte Gesundheitspolitik, mehr als 12.000 Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern streikten (*siehe auch Seite 9*).

Wir Ärzte in Praxis und Klinik haben das unterfinanzierte System lange genug subventioniert, um unsere Patienten überhaupt noch adäquat versorgen zu können. Zum Dank werden derzeit nur noch 70 Prozent der vertragsärztlichen Leistung bezahlt.

Diese Art von Politik hätte in jedem anderen Berufszweig die Menschen schon längst in Massen auf die Barrikaden getrieben. Jetzt haben auch wir die Nase endgültig voll. Jetzt formiert sich ein Widerstand, wie ihn das Gesundheitswesen in dieser Republik noch nicht erlebt hat.

Wir kämpfen wie nie zuvor, das aber keinesfalls zu Lasten unserer Patienten, im Gegenteil. Wir verstehen uns als Anwälte für ein hohes Niveau der medizinischen Versorgung. Bei Praxisschließungen und Streiks ist die Versorgung immer sichergestellt, da kann man uns nichts anhängen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung steht hinter uns, wie erst jüngst eine Umfrage des ZDF-Politbarometers bestätigt hat. Die Menschen spüren: Es wird für uns Ärztinnen und Ärzte immer schwieriger, eine Patientenversorgung nach den ethischen Grundüberzeugungen unseres Berufes überhaupt noch durchzuhalten. Das unbegrenzte Leistungsversprechen von Politik und Krankenkassen, das merken auch die Bürgerinnen und Bürger, ist unter den heutigen Bedingungen einfach eine Lüge.

Die Berliner Politiker liefern uns laufend Nachschub des Stoffes, aus dem die Demos sind. Ein subtiler, aber umso gefährlicherer Versuch, die Versozialrechtlichung des Arztberufes voranzutreiben, ist der aktuelle Gesetzentwurf zur Änderung des Vertragsarztrechts.

Vordergründig vollzieht er die Änderungen der ärztlichen Musterber-

rufsordnung nach, die wir vor zwei Jahren in Bremen beschlossen haben. Der Deutsche Ärztetag wollte damit mehr Freiheit für niedergelassene Ärzte schaffen: Freiheit für neue Formen der ärztlichen Zusammenarbeit, Freiheit für die freiberuflichen Ärzte im Wettbewerb mit institutionellen Versorgungsformen wie den Medizinischen Versorgungszentren.

Doch was hat das Bundesgesundheitsministerium daraus gemacht? Einen schweren Eingriff in das ärztliche Berufsrecht. Denn der Referentenentwurf hebt die ärztliche Berufsordnung in einigen Punkten einfach aus.

Wir sehen den Gesetzentwurf als Blaupause für künftige Initiativen des Bundesgesundheitsministeriums an, das Berufsbild der Vertragsärzte über das Sozialrecht zu definieren – damit wir von Berlin aus besser zu steuern sind.

Dagegen werden wir uns als Ärztekammern entschieden wehren. Wir wollen und wir brauchen ein einheitliches Berufsrecht für alle Kolleginnen und Kollegen. Die Bundesländer, nach dem Grundgesetz für unsere Berufsausübung zuständig, sind aufgerufen, diesen Übergriff des Bundes abzuwehren.

Wer gehofft hatte, dass der ärztliche Protest von selbst abflaut, den hat der 19. Mai widerlegt. Im Gegenteil: Wenn jetzt der Druck von außen größer wird, wenn in Berlin neue Zumutungen für die niedergelassenen Ärzte ausgeheckt werden, wenn die Tariftgemeinschaft der Länder Arm in Arm mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Kolleginnen und Kollegen an den Kliniken und ihre einzig legitime Vertretung, den Marburger Bund, dreist auszutricksen versucht (*siehe auch Seite 12*), dann fördert das nur unsere Kampfbereitschaft und unsere ärztliche Solidarität.

Anzeichen von Müdigkeit sind weit und breit nicht zu erkennen, zu tief sitzt der Unmut über das marode System.

*Dr. Arnold Schüller
Vizepräsident der
Ärztekammer Nordrhein*